

Nr. 16/11 vom 22.06.2016

Konferenz

Klimaschutzplan 2050 – Was bedeutet er für die deutsche Wirtschaft?

Berlin. Mit dem „Klimaschutzplan 2050“ möchte die Regierungskoalition Reduktionsschritte festlegen, um in Deutschland bis zum Jahr 2050 eine weitgehende Treibhausgasneutralität sicherzustellen. Der dafür vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in einem breiten Dialogprozess erarbeitete Maßnahmenkatalog befindet sich derzeit noch in der Abstimmung. Vor diesem Hintergrund diskutierte das Forum für Zukunftsenergien am 20. Juni 2016 im Rahmen einer Konferenz über die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die deutsche Wirtschaft.

Den Herausforderungen des Klimaschutzes gelte es in der Weise Rechnung zu tragen, dass die dringend erforderliche Reduzierung der Treibhausgase mit geeigneten Modernisierungsstrategien verknüpft werde, erklärte MinDirig Berthold Goeke, Leiter der Unterabteilung KI I – Klimaschutzpolitik, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Ziel sei dabei, gleichzeitig die Treibhausgasneutralität zu erreichen sowie die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Mit dem Klimaabkommen von Paris werde die Notwendigkeit zur Einleitung konkreter Schritte klar erkennbar, um die Netto-Treibhausgasemissionen bis Mitte des Jahrhunderts auf „Null“ zu senken. Der bereits in der Koalitionsvereinbarung 2013 verankerte „Klimaschutzplan 2050“ solle nun dazu beitragen, langfristige Perspektiven für einzelne Sektoren aufzuzeigen und die richtigen Anreize für die nötigen Strukturentwicklungen zu setzen. Der anzustrebende Wandel solle dabei als Chance begriffen und keinesfalls mit einer Deindustrialisierung gleichgesetzt werden. Schließlich habe sich der Klimaschutz bereits zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. In Deutschland sei es gelungen, zwischen 1990 und 2014 die Treibhausgasemissionen um 27 Prozent zu senken, während die Wirtschaft um 40 Prozent gewachsen ist. Bis zum Jahr 2012 seien im Umweltschutz mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze entstanden, und immer mehr Unternehmen würden erkennen, dass es in ihrem eigenen Interesse liege, klimaneutral zu wirtschaften. Mit dem Klimaschutzplan solle nun ein Beitrag dazu geleistet werden, die Planungssicherheit für die Unternehmen zu erhöhen. Dazu gehöre auch, die zu erwartenden Strukturbrüche, wie beispielsweise bei einem Kohleausstieg, in den betroffenen Regionen rechtzeitig zu erkennen und abzufedern.

Bezüglich der Methodik bei der Erarbeitung des Maßnahmenkataloges und der darin abgebildeten Forderungen betonte er, dass das BMUB nicht „Besteller“, sondern „Empfänger“ der Vorschläge sei. Die bisher bekannten Maßnahmen seien folglich Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und noch nicht dezidierte Einzelmaßnahmen des Klimaschutzplans der Bundesregierung. Dessen Fertigstellung werde sich auf einen Zeitpunkt nach der Sommerpause verschieben und solle dann in einem breiten Dialogprozess fortgeschrieben werden. Dazu gehöre auch eine Debatte darüber, welcher einzelne Sektor wieviel Emissionen in den nächsten Jahren reduzieren müsse.

Auf der Grundlage dieser Darlegungen diskutierten Marie-Luise Dött, umwelt- und baupolitische Sprecherin, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Regine Günther, Generaldirektorin Politik und Klima, WWF Deutschland, Prof. Dr. Christian Küchen, Hauptgeschäftsführer, Mineralölwirtschaftsverband und Dr. Jörg Rothermel, Leiter Energie, Klimaschutz und Rohstoffe, Verband der Chemischen Industrie, unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien.

Bezüglich des Beteiligungsprozesses bei der Auflistung des Maßnahmenkataloges stimmten Günther, Prof. Dr. Küchen und Rothermel zwar darin überein, dass ihren Institutionen ausreichend Gelegenheit zur Beteiligung geboten worden sei, und das BMUB sich auch bemüht habe, alle Stakeholder einzubinden. Jedoch machten sie gleichfalls übereinstimmend geltend, dass die jeweils anderen Interessengruppen bevorzugte Berücksichtigung erfahren

hätten. Besonders diskutiert wurde über die fehlende Beteiligung des Deutschen Bundestages am bisherigen Abstimmungsprozess. Als Ursache dafür wurde angeführt, dass der Koalitionsvertrag seinerzeit bewusst nicht auf ein Klimaschutzgesetz abgestellt habe, bei dem das Parlament zu beteiligen wäre. Den Anmerkungen von Dött zufolge ist aber innerhalb der Koalition eine Arbeitsgruppe zum „Klimaschutzplan 2050“ mit Vertretern aus den betroffenen Sektoren gebildet worden, die sich Ende Januar dieses Jahres zum ersten Mal getroffen hat. Diese werde jede im Klimaschutzplan aufgelistete Maßnahme prüfen und sich entsprechend äußern, sobald der Plan zur Abstimmung gestellt wird. Dött betonte, dass bei dieser Bewertung die Auswirkung jeder einzelnen Maßnahme auf die gesamten Wertschöpfungsketten beachtet werden müsse und diese nicht wegbrechen dürften. Vielmehr müsse ein Ansatz gesucht werden, damit die Nachhaltigkeit insgesamt sichergestellt werde.

Rothermel zog die Wirksamkeit nationaler Ziele in einem internationalen Kontext in Zweifel. So müssten seiner Meinung nach Maßnahmen wie etwa der EU-Emissionshandel gestärkt und möglichst internationale Lösungen dafür gefunden werden. Dem stellte Günther entgegen, dass der EU-Emissionshandel aufgrund eines Zertifikatsüberschusses und eines zu hohen Deckels nicht funktioniere. Bis das der Fall sei, seien nationale Reduktionsmaßnahmen sowie die weitere Unterstützung europäischer Initiativen gerechtfertigt. Bei einem durch den Emissionshandel erzwungenen Ausstieg aus der Kohle, müsse ebenfalls auf soziale Konsequenzen eingegangen werden.

Prof. Dr. Küchen stellte in Frage, ob das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu senken, erreicht werden könne. Seiner Meinung nach ist eher eine Minderung um 32 oder 33 Prozent realistisch. Rothermel wies ergänzend darauf hin, dass es in der Industrie zum Teil noch keine Alternativen zu CO₂-emittierenden Prozessen gebe und aufgrund der mangelnden Planungssicherheit bereits seit 15 Jahren nicht mehr investiert werde. Auch Dött kritisierte das hohe Tempo des Transformationsprozesses mit dessen Folge, dass geringen CO₂-Einsparungen unverhältnismäßig hohe Kostensteigerungen gegenüberstünden.

Prof. Dr. Küchen hob hervor, dass zunehmend Raffinerien im Nahen Osten und in Asien errichtet würden und der Emissionshandel deshalb global ausgebaut werden müsse, um einer möglichen Abwanderung von Industrien aus Europa entgegenzuwirken. Diesem Argument folgend sprach sich Günther dafür aus, europäische Industriezweige, die im globalen Wettbewerb stünden, zu schützen, solange es nur einen europäischen Emissionshandel gebe. Allerdings hätten die Entwicklungen zum Beispiel in den USA, China und Indien gezeigt, dass auch in Ländern außerhalb Europas Emissionen zunehmend reguliert würden. Deshalb widerspreche sie der Auffassung, dass der Klimaschutz nur durch eine deutsche Vorbildfunktion funktioniere. In China und Indien habe bereits ein Umdenken stattgefunden. Angesichts dessen sei es von besonderer Relevanz, die Geschwindigkeit bei der Zielerreichung beizubehalten und bei der Entwicklung von Klimaschutztechnologien weiter an der Spitze zu bleiben. Dies rechtfertige den Laborcharakter, den die Maßnahmen in Deutschland zum Teil hätten.

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. für die Gastfreundschaft und dem Mineralölwirtschaftsverband e.V. sowie dem Verband der Chemischen Industrie e.V. für die Unterstützung.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Gregor J. Weber M.A.
Referent
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
weber@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de